Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister

Datum
18.12.2009
Ausschussbetreuender Fachbereich
Angelegenheiten der Gemeindeverfassung
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach Sitzung am Dienstag, 17.11.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:07 Uhr - 20:37 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

- A Öffentlicher Teil
- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 27.10.2009 öffentlicher Teil 0475/2009
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6. Bildung und Besetzung der Ausschüsse; Beanstandung des Ratsbeschlusses vom 27.10.2009 über die Zahl der Ausschussmitglieder 0479/2009
- 7. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behin-

derungen als sachkundige Einwohner
innen und Einwohner in Ratsausschüsse 0478/2009

- 8. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen
- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.11.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach 0477/2009
- 5. Einwohnerfragestunde 0460/2009
- 9. Anträge der Fraktionen
- 9.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2009, den Rat unverzüglich einzuberufen, um a) über den Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen) zu beraten und zu entscheiden und b) über die Baumaßnahme Schulschwimmbad Mohnweg zu beraten 0480/2009
- 9.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 09.11.2009 für die Ratssitzung am 17.11.2009 0492/2009
- 10. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet die zweite Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Urbach begrüßt als neues Ratsmitglied Herrn Ersin Sirmasac, der gemäß § 45 Kommunalwahlgesetz NRW mit Wirkung vom 03.11.2009 als Nachfolger von Herrn Caßemayer bestimmt wurde, welcher mit Wirkung zum 02.11.2009 auf sein Ratsmandat verzichtet hat.

Herr Sirmasac wird von Herrn Urbach gemäß § 67 Absatz 3 Gemeindeordnung (GO) NRW eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Herr Sirmasac leistet dazu den nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW (alte Fassung) vorgesehenen Eid mit den folgenden Worten: "Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde."

Für die heutige Sitzung hat sich Frau Hammelrath (SPD-Fraktion) entschuldigt. Zudem fehlt Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion).

Von Seiten der Verwaltung ist Frau Fahner entschuldigt.

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 05.11.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die mit Schreiben vom 11.11.2009 übersandten Ergänzungen zur Tagesordnung (zu TOP A 9.1, Vorlage Nr. 0480/2009, sowie einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), Vorlage Nr. 0492/2009, und eine Übersicht über die bereits terminierten Sitzungen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses und die geplanten Fachausschusssitzungen (aktualisierter Sitzungskalender für November/Dezember 2009 und für das Jahr 2010) sowie
- zwei Tischvorlagen der Verwaltung zu TOP A 9.1 und zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB).

Herr Urbach schlägt vor, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) zur Unterbringung von sechs Personen, die ihre derzeitige Unterkunft auf einem Privatgrundstück an der Sennefelder Straße bis zum 27.11.2009 räumen müssen, in die Tagesordnung der heutigen Sitzung als TOP A 9.2 aufzunehmen.

Der Rat nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

Zudem liege der Verwaltung ein Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines sog. "Behördenlotsen" vor, der nach Ablauf der Antragsfrist (eingegangen am 06.11.2009) eingegangen sei und daher

in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates aufgenommen werde. An der Notwendigkeit der Einrichtung eines "Behördenlotsen" bestehe aus seiner Sicht kein Zweifel. Die Verwaltung prüfe derzeit an Hand der Kriterien des Nothaushaltes die Bedingungen für die Einrichtung einer solchen Stelle.

Des Weiteren seien heute Schreiben der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) beim Bürgermeister eingegangen, in denen die Rechtmäßigkeit einiger Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung des Rates bestritten werde. Die Verwaltung habe die Hinweise sorgfältig geprüft und teile die Rechtsauffassung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) nicht. Aus Gründen der Rechtssicherheit würden jedoch in der heutigen Sitzung die Abstimmungen über die Größe und die Besetzung der Ausschüsse wiederholt.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Waldschmidt erläutert, die Niederschrift sei den Ratsmitgliedern erst am Nachmittag des 16.11.2009 zugegangen. Da in der Kürze der Zeit keine sorgfältige Durchsicht der Niederschrift möglich gewesen sei, schlägt er vor, die Genehmigung in die nächste Sitzung des Rates zu vertagen.

Der Rat nimmt diesen Vorschlag einstimmig bei drei Enthaltungen aus den Reihen der CDU-Fraktion, einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative an.

3. <u>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 27.10.2009 - öffentlicher Teil</u>

0475/2009

Herr Urbach verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

"Zu TOP 14

Neuwahl des Integrationsrates; Änderung ortsrechtlicher Regelungen 0451/2009

Die Änderungen wurden in das Ortsrecht eingearbeitet.

Zu TOP 17

Anfragen der Ratsmitglieder

Eine schriftliche Beantwortung der Anfragen von Herrn Waldschmidt (Thema: "Regionale-Fördermittel"), Frau Kreft (Thema: "Radstation") und Herrn Ziffus (Thema: "Aktuelle Haushaltssituation") ist zwischenzeitlich erfolgt. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage von Herrn Schacht (Thema: "Teilnahme der RBW an der Expo Real") erfolgt in Kürze."

Herr Waldschmidt erläutert, das Antwortschreiben auf seine Anfrage sei ihm heute zugegangen. Er bittet darum, die in § 20 Geschäftsordnung benannte Frist von 14 Tagen künftig einzuhalten.

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zu einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln

Herr Urbach teilt mit, der Städte- und Gemeindebund habe die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln auf den 19.01.2010 in Rheinbach terminiert. Sobald der Verwaltung Einladungsunterlagen vorlägen, würden sie an die Ratsmitglieder weitergeleitet, damit diese an der Veranstaltung teilnehmen können.

Auf Nachfrage von Herrn Schütz weist Herr Urbach darauf hin, dass für denselben Tag, allerdings erst um 17:00 Uhr, eine Sitzung des Rates terminiert sei.

Mitteilung zu Fortbildungsveranstaltungen

Herr Urbach teilt mit, die Verwaltung bereite derzeit eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen vor, in der unter anderem über den Umgang mit dem Ratsinformationssystem, über die Grundzüge des Kommunalverfassungsrechtes, über Rechte und Pflichten der städtischen Vertreter in Organen der Beteiligungsgesellschaften usw. informiert werde. Die Fortbildungsreihe richte sich vor Allem an die Mitglieder des Rates.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wann das Ratsinformationssystem wieder zur Verfügung stehe, worauf Herr Urbach antwortet, dass dies seit Kurzem wieder der Fall sei.

6. <u>Bildung und Besetzung der Ausschüsse; Beanstandung des Ratsbeschlusses vom 27.10.2009 über die Zahl der Ausschussmitglieder 0479/2009</u>

Herr Urbach erläutert, er habe mit Schreiben vom 03.11.2009 den Beschluss des Rates vom 27.10.2009 über die Zahl der Ausschussmitglieder in den Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (ohne Jugendhilfeausschuss) gemäß § 54 Absatz 2 GO NRW gegenüber den Ratsmitgliedern beanstandet. Dieser Punkt sei in der heutigen Sitzung daher erneut Gegenstand der Beratung und Entscheidung.

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen.

Herr Steinbüchel beantragt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die namentliche Abstimmung über die Größe der Ausschüsse. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss aus zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 16 festzulegen. Diese Ausschussgröße spiegele die Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Bergisch Gladbach wider.

Herr Santillán beantragt für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 15 festzulegen. Dies sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) der weitestgehende Antrag, über den der Rat zuerst abstimmen solle, da die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) eher dem Antrag der SPD-Fraktion folgen werde, als dem Antrag der CDU-Fraktion. Herr Lang ergänzt, diese Abstimmungsreihenfolge gebe den Ratsmitgliedern die Möglichkeit, über alle Anträge nacheinander abzustimmen. Wenn der Rat aber zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimme, würden wohl keine Abstimmungen über die beiden weiteren Anträge durchgeführt. Der Rat könne darüber entscheiden, welcher Antrag der weitestgehende sei. Herr Galley fordert den Bürgermeister auf, dieser Argumentation zu folgen.

Herr Urbach entgegnet, er bewerte den Antrag der CDU-Fraktion nicht zuletzt auch deshalb als den weitestgehenden, weil eine Ausschussgröße von 17 Mitgliedern mit den höchsten Kosten für die Ausschussarbeit verbunden sei. Auch er sei nicht erfreut darüber, dass in der heutigen Sitzung in der Sache erneut entschieden werden müsse. Wie bereits erläutert, sei er selbst lange davon ausgegangen, sich an der Abstimmung nicht beteiligen zu dürfen; das Schreiben des Innenministeriums sei jedoch eindeutig gewesen.

Herr Nagelschmidt beantragt für die CDU-Fraktion die geheime Abstimmung über die Größe der Ausschüsse.

Herr Urbach weist darauf hin, dass gemäß § 18 Absatz 5 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 5 GO NRW ein Antrag auf geheime Abstimmung Vorrang habe, wenn zum selben Tagesordnungspunkt sowohl ein Antrag auf namentliche als auch auf geheime Abstimmung gestellt werde.

Herr Ziffus äußert sein Unverständnis darüber, dass dem Innenminister trotz unmissverständlicher Formulierung in der Gemeindeordnung ein derartiger Fehler unterlaufen könne.

Herr Waldschmidt fragt, ob der Bürgermeister keine Mitarbeiter habe, die das Schreiben des Ministeriums hätten überprüfen können. Aus seiner Sicht liege der Fehler des Innenministers darin, dass lediglich ein Spiegelstrich in dessen Schreiben falsch gesetzt worden sei.

Herr Urbach antwortet, er habe die besten Mitarbeiter in der Verwaltung, die mit allen Kräften versucht hätten, Rechtssicherheit herzustellen, und denen dabei auch von der Kommunalaufsicht die Rechtsauffassung des Innenministers bestätigt worden sei.

Herr Kleine erläutert, Ausschüsse mit 16 Mitgliedern würden die Mehrheitsverhältnisse im Rat widerspiegeln. Mit der Einrichtung von Ausschüssen mit 17 Mitgliedern würden sich CDU-Fraktion und FDP-Fraktion einen Vorteil verschaffen, der nicht mit dem Wählerwillen identisch sei.

Herr Mömkes entgegnet, wenn man die Stimmen der CDU und der FDP bei der Kommunalwahl addiere, so ergebe sich eine Summe von 24.915 Stimmen, was 50,3% der Stimmen entspreche. Alle anderen Fraktionen kämen auf eine Summe von 24.643 Stimmen was 49,6% der Stimmen entspreche. Es gebe im Rat, wenn man dem Wählerwillen exakt folge, damit keinesfalls eine Patt-Situation. Deshalb habe die CDU-Fraktion auch eine Ausschussgröße von jeweils 17 Ausschussmitgliedern beantragt.

Herr Dr. Fischer ergänzt, nach der Gemeindeordnung sei der Bürgermeister Mitglied des Rates und dürfe sich nur an bestimmten Abstimmungen nicht beteiligen. Damit ergebe sich im Rat der Stadt Bergisch Gladbach eine Mehrheit aus CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Bürgermeister, die sich auch in den Ausschussgrößen widerspiegeln müsse.

Herr Santillán entgegnet, Herr Mömkes habe die ungültigen Stimmen und die Nicht-Wähler außer Acht gelassen. Der Bürgermeister sei in einer von der Wahl der Ratsmitglieder getrennten Abstimmung gewählt worden.

Herr Kleine ergänzt, nach der Gemeindeordnung setze sich der Rat aus den gewählten Ratsmitgliedern und dem Bürgermeister zusammen, wobei allein die Ratsmitglieder über ihre Ausschüsse entscheiden würden. Der Bürgermeister stimme nach der Gemeindeordnung dann nicht mit, wenn es um Selbstbestimmungsrechte der Ratsmitglieder gehe. Eine Ausschussgröße, in der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion gemeinsam - anders als im Rat - die absolute Mehrheit hätten, sei ein "Taschenspielertrick". Es sei der bessere Weg, wenn CDU-Fraktion und FDP-Fraktion stattdessen versuchen würden, breite Mehrheiten für Beschlüsse zu erreichen. Herr Galley ergänzt, der Bürgermeister ha-

be zudem deutlich mehr Stimmen erhalten als seine Partei. Der Bürgermeister habe auch immer geäußert, sich als Bürgermeister aller Bürgerinnen und Bürger zu verstehen. Dies könne Herr Dr. Fischer daher nicht als Argument anführen.

Herr Mömkes entgegnet, die von Herrn Santillán angeführten ungültigen Stimmen und die fehlenden Stimmen der Nicht-Wähler hätten im vorliegenden Fall keinerlei Bedeutung, denn es gehe um die absolute Zahl an Stimmen, die die einzelnen Parteien erzielt hätten. Die von der CDU-Fraktion beantragte Ausschussgröße bedeute eine Mehrheit, die nur durch eine Stimme sichergestellt werde. Dies bedeute natürlich für CDU-Fraktion und FDP-Fraktion, auch mit anderen Fraktionen ins Gespräch zu kommen und gemeinsame große Mehrheiten zu finden.

Herr Nagelschmidt beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen diesen Antrag aus. Außerdem hätten sich zwei Fraktionen bisher noch gar nicht zu Wort gemeldet und er fragt den Bürgermeister, ob er auf diese Fraktionen seine künftige Regierungspolitik aufbauen wolle.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag auf Schluss der Aussprache abstimmen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion KIDitiative mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Für den Antrag auf geheime Abstimmung stimmen CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Die gemäß § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW erforderliche Anzahl von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder ist damit erreicht. Der Antrag auf geheime Abstimmung wird angenommen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benennt die CDU-Fraktion Herrn Höring, die SPD-Fraktion Herrn Komenda, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer, die FDP-Fraktion Herrn Gerhards, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Herrn Sirmasac und die Fraktion KIDitiative sowie die Fraktion Freie Wähler Herrn Kamp.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen, abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Antrag zustimmen wolle, der kreuze "Ja", wer den Antrag ablehnen wolle, der kreuze "Nein" und wer sich der Stimme enthalten wolle, der kreuze "Enthaltung" an.

Es werden 60 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag der CDU-Fraktion, die Zahl der Ausschussmitglieder im Wahlausschuss auf zehn (exklusive des Wahlleiters) und in den anderen Ausschüssen auf jeweils 17 festzulegen,

stimmen 35, gegen den Antrag 25 Ratsmitglieder. Der Antrag wird damit mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach erläutert, in den unter TOP A 1 benannten Schreiben bestreite die Fraktion DIE LIN-KE. (mit BfBB) die Rechtmäßigkeit des Beschlusses in der Sitzung des Rates am 27.10.2009 über die Verteilung der Ausschussvorsitze. Herr Urbach verliest § 58 Absatz 5 Satz 1 GO NRW: "Haben sich die Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt und wird dieser Einigung nicht von einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen, so bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden stimmberechtigten Ratsmitglieder." Herr Urbach erläutert, die überwiegende Zahl der Teilnehmer des Vorgespräches vor der Sitzung des Rates am 27.10.2009 hätte aus diesem Gespräch den Eindruck gewonnen, dass eine Einigung zu Stande gekommen sei. Dem sei von Herrn Santillán widersprochen worden. Der Rat solle daher heute erneut Beschluss fassen über die Verteilung der Ausschussvorsitze.

Herr Ziffus erläutert, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei ein Fehler unterlaufen bei der Benennung von Vertretern zu TOP A 13 (Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten, Vorlage Nr. 0417/2009) der vergangenen Sitzung und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wolle daher eine entsprechende korrigierende Änderung beantragen.

Herr Urbach bittet Herrn Ziffus, einen entsprechenden Antrag zur nächsten Sitzung des Rates zu stellen. In der heutigen Sitzung könne in der Sache kein Beschluss gefasst werden, da sie nicht Bestandteil der Tagesordnung sei.

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion, der Rat möge die in der vergangenen Sitzung des Rates beschlossene Verteilung der Ausschussvorsitze heute bestätigen.

Herr Urbach fragt, ob andere Vorschläge vorliegen. Andere Vorschläge werden nicht vorgetragen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Rat nimmt den Antrag gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) mehrheitlich an.

Herr Santillán moniert, der Rat könne nicht über die Verteilung der Ausschussvorsitze abstimmen, wenn der Bürgermeister diese nicht vorher verlesen habe.

Herr Urbach entgegnet, die in der vergangenen Sitzung des Rates beschlossene Verteilung der Ausschussvorsitze sei in der Niederschrift über die Sitzung aufgeführt. Sie laute:

| Ausschuss | Vorsitzende(r) | stellv. Vorsitzende(r) |
|--|----------------|------------------------|
| Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann | Frau Holtzmann | Herr Waldschmidt |
| Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW | Herr Galley | Herr Höring |
| Rechnungsprüfungsausschuss | Herr Haasbach | Herr Dr. Steffen |
| Vergabeausschuss | Herr Pick | Herr Dr. Winzen |

Ausschuss für Bildung, Kultur,

Herr Dr. Miege

Frau Lehnert

Schule und Sport

Planungsausschuss

Herr Sprenger

Herr Neu

Infrastrukturausschuss

Herr Nagelschmidt

Herr Schacht

Ausschuss für Umwelt,

Herr Ziffus Herr Mömkes

Klimaschutz und Verkehr

Wahlprüfungsausschuss

Herr Waldschmidt

Herr Kraus

Der Bürgermeister führe den Vorsitz im Hauptausschuss und damit auch in dem nach der Zuständigkeitsordnung einzurichtenden Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach. Der Hauptausschuss wähle eine(n) oder mehrere Vertreter(innen) des/der Vorsitzende(n) aus seiner Mitte. Den Vorsitz im Wahlausschuss führe der Bürgermeister als Wahlleiter.

Herr Urbach wiederholt daraufhin die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion zur Bestätigung der Verteilung der Ausschussvorsitze.

Der Rat nimmt den Antrag der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) nunmehr einstimmig an.

Herr Urbach fragt die Fraktionen, ob an der der Vorlage beigefügten Liste zur Ausschussbesetzung noch Änderungen vorgenommen werden sollen.

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion beantrage keine Änderung der Ausschussbesetzung.

Auf Nachfrage von Herrn Urbach erklären Herr Dr. Fischer und Herr Kamp, die FDP-Fraktion und die Fraktion Freie Wähler würden ebenfalls keine Änderungen der Ausschussbesetzung beantragen.

Herr Waldschmidt fragt, ob er der Verwaltung seine Änderungsliste übergeben könne, ohne die Änderungen nun einzeln mündlich vorzutragen. Es handele sich dabei um Änderungen in Bezug auf die stellvertretenden Ausschussmitglieder.

Herr Urbach fragt die Ratsmitglieder, ob sie mit diesem Verfahren einverstanden seien.

Herr Lang fordert eine Verlesung aller beantragten Änderungen. Es müsse den Ratsmitgliedern bei der Abstimmung bekannt sein, um welche Personen es sich dabei handele.

Herr Waldschmidt kritisiert diese Forderung von Herrn Lang, durch die die Sitzung unnötig verlängert werde.

Daraufhin werden die folgenden Änderungen mündlich vorgetragen:

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion folgende Änderungen:

Vergabeausschuss

Streiche Günter Schneeloch als ordentliches Mitglied, setze hierfür Robert Winkels (s.B.) als ordentliches Mitglied, setze Günter Schneeloch als zweiten Stellvertreter.

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Streiche Erich Dresbach als ersten Stellvertreter, setze Benedikt Bräunlich (s.B.) als ersten Stellvertreter, setze Florian Bennewitz (s.B.) als dritten Stellvertreter, setze Alexej Alex (s.B.) als vierten Stellvertreter, setze Erich Dresbach (s.B.) als fünften Stellvertreter.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

Setze Dr. Christian Müller (s.B.) als zweiten Stellvertreter.

Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann

Setze Michael Bohr (s.B.) als vierten Stellvertreter.

Infrastrukturausschuss

Setze Erich Dresbach (s.B.) als zweiten Stellvertreter.

Herr Santillán beantragt für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) folgende Änderungen:

Haupt- und Finanzausschuss

Streiche Claudius Caßemayer als zweiten Stellvertreter, setze Ersin Sirmasac als zweiten Stellvertreter.

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW sowie Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

Ersin Sirmasac als Ratsmitglied aufführen, nicht als sachkundigen Bürger.

Vergabeausschuss, Planungsausschuss

Claudius Caßemayer als sachkundigen Bürger aufführen, nicht als Ratsmitglied.

Rechnungsprüfungsausschuss

Streiche Claudius Caßemayer als ersten Stellvertreter, setze Ersin Sirmasac als ersten Stellvertreter.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

Korrigiere Werner Wischert (s.B.) als ersten Stellvertreter durch Joachim Wischert (s.B.) als ersten Stellvertreter

Wahlausschuss

Streiche Claudius Caßemayer als ersten Stellvertreter, setze Ersin Sirmasac als ersten Stellvertreter.

Herr Ziffus beantragt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die in der Vorlage Nr. 0477/2009 (TOP A 8.1) dargestellten Änderungen.

Herr Dr. Miege äußert sein Missfallen darüber, dass der Rat sich derart lange mit Formalien aufhalte. Herr Urbach stimmt dieser Aussage zu.

Herr Wilhelm ergänzt, es sei ihm aus den mündlichen Vorträgen nicht ersichtlich, ob das Erfordernis, dass einige Ausschüsse nur mit Ratsmitgliedern, nicht aber mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern besetzt werden dürfen, erfüllt werde.

Herr Urbach antwortet, dieses Erfordernis werde bei den bisher beantragten Änderungen erfüllt.

Herr Lang entgegnet, es handele sich nicht um einen Formalismus, wenn ein Ratsmitglied wissen wolle, worüber abgestimmt werde.

Herr Schütz beantragt für die Fraktion KIDitiative folgende Änderungen:

Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann

Setze an das Ende der Stellvertreterliste Julia Neuheuser-Königs (s.B.).

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

Setze als beratendes Mitglied Michael Kurth (s.B.) und als stellvertretende beratende Mitglieder Selma Scherer (s.B.), Hannah Parnow (s.B.), Fabian Schütz, Alexander Voßler sowie Christopher Lahres (s.B.).

Rechnungsprüfungsausschuss

Setze als beratendes Mitglied Fabian Schütz und als stellvertretendes beratendes Mitglied Alexander Voßler.

Planungsausschuss

Setze als beratendes Mitglied Julia Neuheuser-Königs (s.B.) und als stellvertretende beratende Mitglieder Martin Alef (s.B.), Fabian Schütz sowie Alexander Voßler.

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

Setze als beratendes Mitglied Roland Ferger (s.B.) und als stellvertretende beratende Mitglieder David Rosen (s.B.), Alexander Voßler, Fabian Schütz sowie Andreas Neuheuser (s.B.).

Weitere Änderungen werden nicht beantragt.

Sodann lässt Herr Urbach über die so geänderte Liste abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die in der Vorlage dargestellte personelle Besetzung der Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird inklusive der vorgetragenen Änderungsanträge beschlossen.

7. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ratsausschüsse

0478/2009

Herr Urbach weist darauf hin, dass der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen noch nicht für alle Ausschüsse, für die dies möglich sei, Vorschläge zur Entsendung von Mitgliedern des Beirates unterbreitet habe.

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Rat trifft gemäß § 1 Zuständigkeitsordnung die nachfolgende Entscheidung ohne Vorberatung in den Ausschüssen.
- 2. Gemäß § 2 Absatz 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschließt der Rat die Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als beratende Mitglieder in verschiedene Ratsausschüsse wie nachfolgend aufgeführt:

in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

als beratendes Ausschussmitglied: Frau Heidemarie Birkholz als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Regina Eberhardt

in den Jugendhilfeausschuss

als beratendes Ausschussmitglied: Frau Claudia Breuer-Piske

als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Friedel Biebeler

in den Planungsausschuss

als beratendes Ausschussmitglied: Herr Hans Lauten als stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Susanne Müller

in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, In-

tegration, Gleichstellung von Frau und Mann

als beratendes Ausschussmitglied: Frau Friedel Biebeler stellvertretendes beratendes Ausschussmitglied: Frau Regina Eberhardt

- 8. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen
- 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.11.2009 zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach 0477/2009

Der Antrag wurde unter TOP A 6 behandelt.

5. <u>Einwohnerfragestunde</u>

0460/2009

Herr Urbach erläutert, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor.

Herr Hoffmann habe am 06.11.2009 beobachtet, dass anlässlich des St.-Martins-Zuges in Kippekausen ein Großaufgebot der Freiwilligen Feuerwehr vor Ort gewesen sei, um zunächst das Feuer anzuzünden und anschließend wieder zu löschen. Herr Hoffmann frage, ob der Feuerwehreinsatz dem Veranstalter - nach Vermutung von Herrn Hoffstadt handele es sich dabei um die Grundschule Kippekausen - in Rechnung gestellt werde. Herr Hoffmann vertrete die Meinung, dass dies so geschehen solle, wenn schon Strafzettel in Höhe von 5,- EUR eingetrieben würden.

Herr Urbach verliest folgende Antwort: "Bei der Einteilung der St.-Martins-Feuer werden gemäß der Vorgabeliste seitens der Brandschutzdienststelle ein Löschgruppenfahrzeug und ein Trupp eingeteilt. Bei den Mannschaften besetzen wir das Fahrzeug mit 1+3 ehrenamtlichen Feuerwehrkräften, die restlichen Mannschaftsmitglieder wurden von der Jugendfeuerwehr gestellt. Von einem Großaufgebot kann in diesem Falle somit keine Rede sein. Herr Hoffmann ist offensichtlich etwas später hinzugekommen, denn ansonsten hätte er wahrscheinlich mitbekommen, dass nicht ein Mitglied der Feuerwehr das Martinsfeuer entzündet hat, sondern ein Elternteil der Schulkinder. Nach Angaben des Gruppenführers, der Herrn Hoffmann persönlich kennt, kam Herr Hoffmann kurz nach 19:00 Uhr zum Feuer, nachdem die Schülerinnen und Schüler das Feuer bereits gegen 19.00 Uhr verlassen hatten. Kurz zur Motivation der Feuerwehr zur Teilnahme am Martinsfeuer: Die ehrenamtlichen Kräfte unserer Feuerwehr sehen sich verpflichtet, das anerkannte Brauchtum der Martinsfeuer nach Möglichkeit zu fördern, indem sie bei größeren Feuern einen Sicherheitswachdienst zum Schutz der Zuschauer und der Umgebung leisten, und das niedergebrannte, von den Zuschauern dann auch schon verlassene Feuer aus Sicherheitsgründen ablöschen. In diesem Jahr wurden in diesem Zusammenhang 24 Sicherheitswachen an Schulen gestellt. In unserer Stadt können nur die großen Veranstaltungen durch die Feuerwehr mit ehrenamtlichen Kräften abgesichert werden. Bewusst geben wir bereits seit Jahren der Jugendfeuerwehr auch hier in Refrath die Gelegenheit, mit

einer höheren Personenanzahl mitwirken zu können, da dies für die jugendlichen Mitglieder sehr spannend, motivierend und eine Übung ist, an einem echten Feuer unter Aufsicht der erwachsenen Feuerwehrmänner mit einem Strahlrohr arbeiten zu dürfen. Zudem sind in den Reihen der eingeteilten Jugendfeuerwehrkollegen die ehemaligen Schüler der Grundschulen dabei. Die gesamte Mitwirkung wird von Ehrenamtlern bestritten und kostet die Stadt somit kein Geld. Als Entlohnung gibt es leuchtende Kinderaugen und ab und an einen heißen Tee oder Weckmann."

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Herr Schütz erläutert, dass nach seiner Kenntnis für Feuerwehreinsätze nach dem Feuerschutzhilfegesetz ohnehin keine Gebühren erhoben werden können, wenn tatsächlich ein Schadensfall vorgelegen habe. Es sei daher sinnvoll, die Feuerwehr bei erhöhter Brandgefahr auch präventiv gebührenfrei einzusetzen.

Herr Kamp dankt der Feuerwehr für die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit. Die übrigen Ratsmitglieder und der Bürgermeister schließen sich diesem Dank an.

- 9. Anträge der Fraktionen
- 9.1 <u>Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2009, den Rat unverzüglich einzuberufen, um</u>

a) über den Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen) zu beraten und zu entscheiden und b) über die Baumaßnahme Schulschwimmbad Mohnweg zu beraten 0480/2009

Herr Neu erklärt sich für befangen und begibt sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Waldschmidt äußert seinen Unmut darüber, dass den Ratsmitgliedern wenige Tage vor der Sitzung eine Investitionsliste übersandt worden sei, auf der die Einschränkungen "Ungeprüft!" und "Erstberechnung: noch nicht verwaltungsintern abgestimmt!" vermerkt seien. Er fragt, was die Ratsmitglieder mit einer solchen ungeprüften, nicht abgestimmten Erstberechnung anfangen sollen. Die SPD-Fraktion empfinde diese Liste, in der noch nicht einmal die zwingend notwendigen Ausgaben und der zulässige Kreditrahmen kongruent seien, als eine Zumutung. Von den aufgeführten, im Jahr 2010 dringenden Schulsanierungen in Höhe von rund 4,9 Mio. EUR würden in der Liste nur 0,8 Mio. EUR als zwingend erforderlich dargestellt. Diese Mittel würden jedoch allein schon für die Sanierung des Wasserschadens an der Integrierten Gesamtschule Paffrath aufgebraucht. Zudem seien die Schulsanierungsmittel offensichtlich vom ersten Beigeordneten "zusammengestrichen" worden, um die Finanzierung des Straßenbeleuchtungsprojektes zu sichern. Ob dafür tatsächlich 1 Mio. EUR zwingend erforderlich seien, bleibe dahingestellt. Für die SPD-Fraktion hätten Schulen, und damit auch das Schwimmbad Mohnweg, höchste Priorität. Die Vorlage habe nur den Zweck, heute eine Entscheidung über die Verwendung der restlichen Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu verhindern; wobei bereits über 8 Mio. EUR aus dem Paket in Schulmaßnahmen und über 2 Mio. EUR in Infrastrukturmaßnahmen geflossen seien. Herr Waldschmidt fordert die Ratsmitglieder und den Bürgermeister auf, heute ihre Zusagen gegenüber den Sportlern einzulösen. Dabei gehe es nicht darum, Luxus-Sportplätze zu finanzieren, sondern die notwendige Sanierung der maroden Tennenplätze Herkenrath, Saaler Mühle und Am Rübezahlwald durchzuführen. Die SPD-Fraktion unterstütze das ehrenamtliche Engagement der Sportvereine, die Mehrkosten für die Einrichtung von Kunstrasenplätzen selbst zu tragen, und stelle daher den Antrag, die Vereine TV Herkenrath, SC 27 und Jan Wellem bei der Sanierung der Sportplätze Braunsberg in Herkenrath, Saaler Mühle und Am Rübezahlwald mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in Höhe der Kosten für die Sanierung eines Tennenplatzes zu unterstützen.

Herr Mumdey antwortet, es erscheine vielleicht außergewöhnlich, dass die Verwaltung in der Liste darauf hinweise, dass sie sich noch im Prüfungsverfahren befinde. Er weise in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Ratmitglieder selbstverständlich Zwischenstände einsehen könnten; dann müsse

es ihm jedoch gestattet sein, darauf hinzuweisen, dass es sich nur um Zwischenstände handele. Derzeit werde das Verfahren der Haushaltsaufstellung durchgeführt, das in diesem Jahr komplizierter sei, da wieder auf die Regeln des Nothaushaltes - Dringlichkeitslisten für Investitionen, Zuweisung eines Korridors durch den Landrat etc. - umgestellt werden müsse. Vor diesem Hintergrund sei der Termin für die Einbringung des Haushaltes am 19.01.2010 äußerst knapp bemessen. Die Kämmerei beschränke sich darauf, einen Rahmen aufzustellen, die Bewertung erfolge durch die Fachbereiche und am Ende durch die Politik. Es zeichne sich jedoch ab, dass das, was nach Auffassung der Fachbereiche im Jahr 2010 unbedingt notwendig sei, einen Kreditbedarf auslöse, der größer sei als das, was der Stadt rechtlich zur Verfügung stehe. Die Liste müsse daher noch "zusammengestrichen" werden.

Herr Lang entgegnet, der Antrag der SPD-Fraktion beziehe sich nur auf Mittel aus dem Konjunkturpaket II und nicht auf die Investitionsliste. Darauf solle sich auch der Rat beschränken und heute eine Entscheidung über diese Mittel treffen. Die BfBB-Fraktion bzw. die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) habe bereits in der vergangenen Wahlperiode bzw. der vergangenen Ratssitzung entsprechende Anträge gestellt, den TV Herkenrath und den SC 27 bevorzugt mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II zu unterstützen und der Kämmerer habe dazu erklärt, die beiden Vereine hätten nicht zu beanstandende Finanzierungskonzepte vorgelegt.

Herr Nagelschmidt erläutert, die nunmehr vorliegende Liste sei nach einem entsprechenden Beschluss des Rates Voraussetzung für einen Beschluss über die Vergabe der Mittel aus dem Konjunkturpaket II zur Sportplatzsanierung. Die CDU-Fraktion sehe in Anbetracht der nun vorliegenden Zahlen, nach denen nur ca. 20% der notwendigen Investitionen vorgenommen werden könnten, leider nur die Möglichkeit, die Vergabe dieser Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beraten. Herr Nagelschmidt beantragt für die CDU-Fraktion die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Kamp erläutert, der Rat habe am 29.09.2009 beschlossen, bis zu 1 Mio. EUR für die Sanierung der Sportplätze zur Verfügung zu stellen, wenn die Vereine tragfähige Finanzierungskonzepte vorlegen würden. Herr Kamp fragt, welcher Verein bereits ein solches Konzept vorgelegt habe und ob der Rat sich an seinen Beschluss halten wolle.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, auf Grundlage der vorliegenden ungeprüften Liste könne der Rat nicht ernsthaft beraten. Der Rat solle heute jedoch nicht alles vertagen; es sei aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als Kompromiss vertretbar, auf Grund der massiven Finanzierungszusage des TV Herkenrath und mit Blick auf den Zustand des Sportplatzes heute die Sanierung des Platzes Braunsberg aus Mitteln des Konjunkturpaketes zu beschließen. Die Stadt müsse aber auch bedenken, dass sie den Vereinen nicht immer größere finanzielle Verantwortung übertragen könne. Dies könnte zu einer Überforderung der Vereine führen. Einem möglichen Beschluss über den Bau einer Doppelturnhalle am Mohnweg anstatt eines Schwimmbades und einer Turnhalle könne die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen. Der Schulsport - und das Schulschwimmen als Teil davon - sei eine Pflichtaufgabe der Stadt. Im Übrigen sei die Gemeindefinanzierung völlig unzureichend; der Rat müsse in den Haushaltsplanberatungen auch über Einnahmeerhöhungen, also über die Erhöhung der von der Stadt beeinflussbaren Abgaben, beraten.

Herr Dr. Fischer hält es für sinnvoll und gut, dass die Verwaltung dem Rat bereits eine ungeprüfte Investitionsliste vorgelegt hat. Die von Herrn Waldschmidt geäußerte Kritik weist er für die FDP-Fraktion zurück. Herr Dr. Fischer schließt sich der Auffassung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an, heute nur die Sanierung des Sportplatzes Herkenrath mit Mitteln des Konjunkturpaketes zu beschließen und lehnt eine Vertagung insoweit ab. Es müsste zwar eigentlich auch der Sportplatz in Refrath dringend saniert werden; für diesen ständen jedoch eine Kieselrotsanierung und entsprechende Zuschüsse in Rede. Die übrigen Sportplätze seien aus Sicht der FDP-Fraktion nachrangig,

auch wenn hier eine Sanierung notwendig sei. Dies müsse jedoch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über die Investitionen 2010/2011 beraten werden.

Herr Kleine entgegnet, es gehe heute nur um Mittel aus dem Konjunkturpaket II, für die die Stadt selbst mittels einer Prioritätenliste und der Aufforderung, Finanzierungskonzepte zu erstellen, bei den Vereinen Begehrlichkeiten geweckt habe. Die Vereine hätten schon enorme Anstrengungen unternommen, um ihre hohen Eigenanteile aufbringen zu können. Die Politik verliere an Glaubwürdigkeit, wenn sie jetzt alles erneut beraten wolle. Der Rat solle die in den nächsten Jahren ohnehin fälligen Sanierungen aus dem Konjunkturpaket unterstützen, womit auch künftige Haushalte entlastet würden. Er bittet um getrennte Abstimmung über die Sanierung der Sportplätze in der Reihenfolge Herkenrath, Saaler Mühle, Am Rübezahlwald.

Herr Schütz fragt, bis wann die Mittel aus dem Konjunkturpaket II verwendet werden müssen. Der Rat solle im Sinne des Konjunkturpaketes heute über die Mittelverwendung entscheiden, wobei auch die Fraktion KIDitiative den Sportplatz Herkenrath für am dringendsten sanierungsbedürftig halte. Die Restmittel sollten für Schulsanierungen verwendet werden.

Herr Urbach erläutert in Bezug auf die Ausführungen von Herrn Waldschmidt, der Fachbereich 2 habe in den vergangenen Wochen mit Hochdruck an der Investitionsliste gearbeitet. Die Alternative zu der vorliegenden ungeprüften Liste, aus der zumindest hervorgehe, dass die zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung der in 2010 notwendigen Investitionen völlig unzureichend seien, wäre der Verzicht auf eine Liste gewesen. Das Thema Sportplatzsanierungen solle auf Grund dieser Situation zusammen mit allen anderen Investitionen in den Haushaltsberatungen behandelt werden; alles andere wäre nicht verantwortlich. Aus diesem Grunde werde er, wenn der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abgelehnt werde, gegen den Antrag der SPD-Fraktion stimmen. Dies bedeute aber keinesfalls, dass er das Engagement der Vereine nicht sehr hoch schätze.

Herr Schmickler ergänzt, man habe in Bezug auf die Investitionen immer mit Prioritätenlisten gearbeitet. Derzeit habe man eine ganze Reihe von Projekten, die erheblich mit Fördermitteln bezuschusst würden und damit an Fristen gebunden seien. Dies rechtfertige eine sehr sorgfältige Beratung im Rahmen der Investitionsplanberatungen. Auch die Sportvereine müssten - wie die Verwaltung - für die Vergabe der Sanierung ihrer Plätze Ausschreibungen vornehmen. Die Stadt habe die wesentlichen aus dem Konjunkturpaket finanzierten Maßnahmen in diesem Jahr beginnen müssen. Die kleineren und mittleren Maßnahmen - und dazu gehöre auch die Sportplatzsanierung - könnten jedoch auch im nächsten Jahr zeitlich noch abgewickelt werden; es seien heute also nicht zwingend Beschlüsse notwendig.

Herr Waldschmidt fragt, warum der Bürgermeister nach einem Antrag zur Geschäftsordnung noch derart lange Ausführungen der Ratsmitglieder und der Verwaltung zulasse.

Herr Urbach verweist auf § 16 Geschäftsordnung. Ein Antrag auf Vertagung dürfe nur gestellt werden, wenn je ein Ratsmitglied jeder Fraktion Gelegenheit gehabt habe, zur Sache zu sprechen. Dies sei vor dem Antrag von Herrn Nagelschmidt noch nicht der Fall gewesen, weshalb er darauf geachtet habe, dass jede Fraktion noch zur Sache sprechen konnte. Herr Schmickler habe dann eine Frage von Herrn Schütz mit notwendigen ergänzenden Aussagen beantwortet.

Herr Santillán spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Nagelschmidt auf Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.

Für den Vertagungsantrag stimmen die CDU-Fraktion und der Bürgermeister. Mit den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Galley erläutert, die Vereine seien auf einen Beschluss des Rates dringend angewiesen, auch weil Kreditzusagen in der derzeitigen Wirtschaftssituation nicht unbedingt langfristig verlässlich seien. Die Investitionsliste und die mit Tischvorlage vorgelegten ergänzenden Ausführungen des Kämmerers würden nicht verdeutlichen, warum Investitionen als "zwingend erforderlich in 2010" bewertet werden, weil die Bewertungskriterien nicht dargestellt würden. Auch in Sachen Schwimmbad Mohnweg solle der Rat Wort halten, da es in Refrath und Bensberg ansonsten für Kinder keine Möglichkeit mehr gebe, das Schwimmen zu erlernen.

Herr Santillán führt aus, das Konjunkturpaket sei aufgestellt worden, damit die Begünstigten kurzfristig Investitionen vornehmen. Dies habe mit dem Haushaltsplanberatungen nichts zu tun. Die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) wolle die Mittel für den TV Herkenrath und den SC 27 bewilligen. Er bittet um Auskunft, ob auch der Verein Jan Wellem ein tragfähiges Finanzierungskonzept aufgestellt habe. Wenn ja, so sollten auch diese Mittel bewilligt werden. In Bezug auf das Schwimmbad Mohnweg unterstütze die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Mömkes entgegnet, der Rat habe den Neubau des Schwimmbades Mohnweg längst beschlossen. Er beantragt für die CDU-Fraktion, die Verwaltung solle in 2010 einen Realisierungsvorschlag für die Neubaumaßnahme Mohnweg erstellen, damit der Neubau in 2011 endlich durchgeführt werden könne. Auch die CDU-Fraktion wolle nach wie vor die Sportvereine mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket unterstützen; er schlage jedoch vor, dies heute nur für den Sportplatz Herkenrath zu beschließen und in Bezug auf die anderen Sportplätze in aller Ruhe weiter zu beraten, wie es auch schon von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion vorgeschlagen wurde.

Herr Buchen fragt, wie die Sanierung von mehreren Sportplätzen mit nur 1 Mio. EUR realisiert werden solle. Er wolle auch in Bezug auf die Darstellungen in der Presse darauf hinweisen, dass die Stadt nicht den Bau von Kunstrasenplätzen finanziere, sondern dringend nötige Sanierungsmaßnahmen, wobei jedoch Prioritäten gesetzt werden müssten, die er ebenfalls beim Sportplatz Herkenrath sehe. Über die restlichen Plätze solle zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

Herr Nagelschmidt äußert seine von der CDU-Fraktion abweichend Auffassung, er werde der Sanierung von Sportplätzen und dem Neubau des Schwimmbades Mohnweg vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen, die signalisieren würden, dass die Stadt die notwendigen Investitionen nicht werde finanzieren können, nicht zustimmen. Herr Metten schließt sich dieser Auffassung an. Die finanzielle Situation der Stadt habe sich in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert und die Krise sei noch lange nicht überstanden. Der Rat müsse seine Investitionsentscheidungen daher immer wieder überdenken. Wichtige Kriterien seien dabei, dass die Investitionen möglichst vielen Menschen zu Gute kommen müssen und dass sie die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt mittel- und langfristig verbessern, um Einnahmen zu erzielen. Die Vorstellung, dass die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket und die Investitionsliste zwei voneinander völlig unabhängige Punkte seien, sei nicht richtig, da beides direkt ineinander greife. Es müssten in diesem Zusammenhang alle Maßnahmen abgewogen und eine Priorisierung vorgenommen werden. Es treffe auch nicht zu, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket ausschließlich für Sportplätze verwendet werden dürfen. Er werde den Anträgen daher nicht zustimmen.

Herr Lang fragt, ob es allen Ratsmitgliedern klar sei, dass die Beratung über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket und die Beratung über die Investitionsliste der Kämmerei zwei verschiedene Paar Schuhe seien. Er fragt, wofür die Mittel des Konjunkturpaketes verwendet werden sollen, wenn nicht für die Sanierung der Sportplätze, die wie das Schwimmbad Mohnweg im Übrigen intensiv für den Schulsport genutzt würden. Er habe den Eindruck, dass die betreffenden Perso-

nen dies selbst nicht wüssten und das Geld möglicherweise für andere Zwecke zurückhalten würden.

Herr Kleine ergänzt, es sei unbestritten, dass ein Investitionsstau bestehe. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass schon über 10 Mio. EUR aus dem Konjunkturpaket in Schulsanierungen geflossen seien. Der Rat solle den Vereinen durch einen positiven Beschluss Planungssicherheit geben.

Herr Ziffus erläutert, Konjunktur- und Steuerprognosen seien in der aktuellen Wirtschaftslage Kaffeesatzleserei. Es habe sich auf der anderen Seite schon in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sich die in der Regel zu pessimistischen Steuerprognosen im letzten Quartal nicht erfüllt hätten, da Steuernachzahlungen gegen Ende des Jahres eingegangen seien. Er könne sich kaum eine im Sinne des Konjunkturpaketes erfolgreichere Maßnahme als die Sportplatzsanierung vorstellen, da die Vereine noch erhebliche Eigenmittel aktivieren würden. Er persönlich halte es für sinnvoll, die Mittel für die Vereine freizugeben.

Für Herrn Kraus fehlt in der Vorlage eine Übersicht, welche Kosteneinsparungen sich aus den Nutzungsüberlassungsverträgen für die Stadt ergeben und darüber, welche Vereine welche Kosten in welcher Höhe tragen und die städtischen Finanzen damit entlasten würden. Herr Kraus bittet die Verwaltung um Auskunft, welche Sportplätze wirklich sanierungsbedürftig seien (inklusive Kieselrotsanierung). Die Vereine hätten große Anstrengungen unternommen, die geforderten Finanzierungskonzepte aufzustellen; diese für eine sachliche Entscheidung notwendigen Zahlen habe die Verwaltung den Ratsmitgliedern jedoch nicht vorgelegt. Er fordert die Verwaltung auf, diese Vereine zu benennen und die Ratsmitglieder über die Finanzierungskonzepte zu informieren. Die SPD-Fraktion solle ehrlicherweise zugestehen, dass auch bei ihrem Antrag zwei Sanierungen, nämlich die der Sportplätze Heuweg/Steinbreche und IGP, gänzlich unter den Tisch fallen würden. Dies gelte auch für die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Herr Kraus äußert sein Bedauern, dass die Vereine von Politik und Verwaltung im Unklaren gelassen worden seien. Er könne nachvollziehen, wenn großer Unmut entstünde, weil einige Plätze am Ende möglicherweise nicht saniert werden.

Herr Mumdey antwortet, er habe die in der Ratsitzung am 29.09.2009 modifiziert beschlossene Vorlage Nr. 0360/2009 nicht mitgezeichnet, weil diese nach seiner Auffassung in Teilen sachlich falsch gewesen sei. So bestehe für den Sportplatz Braunsberg in Herkenrath keine Unabweisbarkeit. Es bestünden keine rechtlichen Verpflichtungen, den Sportplatz zu sanieren; er könne höchstens der Kategorie 2 der Dringlichkeitsliste B ("zur Substanzerhaltung dringend notwendig") zugeordnet werden. Er weise ausdrücklich darauf hin, dass kein Verwaltungsmitarbeiter in Bezug auf die Sanierungen im Vorfeld zu viel versprochen habe. Es sei aber schon in 2006 eine Vorlage gefertigt worden, in der aufgeführt wurde, welche Plätze nach Auffassung der Verwaltung sanierungsbedürftig seien; was dann auch politisch anerkannt worden sei. Dies seien die Plätze Herkenrath und Steinbreche. Eine Sanierungsbedürftigkeit entstehe nicht dadurch, dass ein Platz nach starkem Regen einen Tag nicht bespielbar sei und auch nicht dadurch, dass ein Verein Nachteile habe, weil der Nachbarverein auf Kunstrasen spiele. Drei Vereine hätten umfassende Unterlagen eingereicht, die nach seiner Ansicht dem Anspruch "tragfähiges Finanzierungskonzept" genügen würden. Dies seien die Vereine Herkenrath, Refrath/Frankenforst und SC 27.

Herr Lang entgegnet, es handele sich bei den Sportplätzen um Eigentum der Stadt, die durch den Eigenmitteleinsatz der Vereine erhebliche Beträge einspare. Zum Schwimmbad Mohnweg fragt Herr Lang, ob es möglich wäre, die Finanzierung des Neubaus dadurch sicherzustellen, dass ein Teil der Wertpapiere aus dem Bäderfonds der Bäder GmbH verkauft und an die Stadt zurückgeführt werde, um dadurch Darlehn mit dem Ziel zu tilgen, dass der Spielraum für Investitionen größer werde.

Herr Mumdey erläutert, der Landrat habe auf eine entsprechende Frage hin geantwortet, dass nach dem verpflichtenden Handlungsrahmen auch die Beteiligungen der Stadt bei der Konsolidierung mit in Betracht zu ziehen seien. Der Landrat habe dann nachvollziehbar dargelegt, dass es nicht hinnehmbar sei, weiter einen Eigenkapitalverzehr der Bäder GmbH zuzulassen. Auch der Rat sei sich darin einig gewesen, dass das Konzept Bäderfonds nicht aufgegangen sei. Damit, dass die Defizitabdeckung für Bensberg weggefallen sei, sei nun erstmals ungefähr ein Gleichgewichtszustand erreicht worden. Eine neue Belastung würde dazu führen, dass man sofort wieder in die Restriktionen gerate. Hierzu wären gründliche Untersuchungen notwendig. Aus rechtlicher Sicht sei die Sache eindeutig: in den schulrechtlichen Bestimmungen gebe es keine Vorschrift dazu, dass die Kommunen Bäder betreiben müssen. Die Begründung, es gebe eine rechtliche Verpflichtung, das Schwimmbad Mohnweg neu zu bauen, um den Schulschwimmunterricht aufrechterhalten zu können, gehe also fehl. Nach der rechtlichen Bestimmung sei Schwimmunterricht anzubieten, wenn im Stadtgebiet die Möglichkeit dazu bestehe. Andere Kommunen würden gar keine Bäder betreiben.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion in der Sitzung des Rates am 29.09.2009 bereits beantragt habe, nur den Sportplatz Herkenrath zu sanieren. Der Rat habe diesen Antrag jedoch abgelehnt. Die FDP-Fraktion habe dann gegen den Beschlussvorschlag über das "Sanierungspaket" für die fünf Sportplätze gestimmt. Die von Herrn Kleine geäußerte Kritik, der Rat halte seine Versprechungen nicht ein, weise er für die FDP-Fraktion zurück.

Frau Dietsch erläutert, der Rat sei sich darin einig, dass es heute um die Vergabe von Mittel aus dem Konjunkturpaket II gehe. Das Schwimmbad Mohnweg könne aus den verbliebenen 1 Mio. EUR ohnehin nicht finanziert werden, womit sich eine weitere Diskussion in der heutigen Sitzung erübrige. Alle Ratsmitglieder wollten auf Nachhaltigkeit achten und seien sich einig, dass der Sportplatz Herkenrath auch für den Schulsport dringend sanierungsbedürftig sei. Wenn diese Sanierung heute nicht beschlossen werde, so stehe sie nächstes oder übernächstes Jahr auf der Investitionsliste, wenn die Stadt noch weniger Mittel zur Verfügung habe. Der Rat solle sich heute auf die Sportplatzsanierung zentrieren und über die Sanierung des Sportplatzes Herkenrath abstimmen.

Herr Galley widerspricht der Vorstellung, es bestehe eine Konfrontation zwischen Schule und Sport. Die von der SPD-Fraktion benannten Sportplätze würden intensiv von Schulen genutzt und sollten daher saniert werden

Herr Urbach erläutert, er lehne einen heutigen Beschluss über die Sanierungen nur aus der Sorge ab, dass der Rat dies bei den noch ausstehenden Investitionsberatungen für 2010 bereuen könne.

Frau Schmidt-Bolzmann beantragt den Schluss der Aussprache.

Nach Kenntnis von Herrn Santillán ist es in der Vergangenheit Gepflogenheit gewesen, die Rednerliste nach einem solchen Antrag noch abzuarbeiten. Er bittet darum, dies fortzuführen.

Herr Urbach entgegnet, Frau Schmidt-Bolzmann habe keinen Antrag auf Schluss der Rednerliste gestellt, sondern einen Antrag auf Schluss der Aussprache.

Sodann lässt Herr Urbach über den Antrag abstimmen.

Der Antrag auf Schluss der Aussprache wird mit Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB), der Fraktion KIDitiative und der Fraktion Freie Wähler sowie je eine Gegenstimme aus den Reihen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Herr Waldschmidt beantragt die namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung der drei Sportplätze. Dabei solle über die Sportplatzsanierungen einzeln abgestimmt werden.

Herr Urbach bittet Herrn Waldschmidt um Konkretisierung, in welcher Höhe den drei Vereinen Mittel aus dem Konjunkturpaket zur Verfügung gestellt werden sollen. Herr Urbach weist außerdem darauf hin, dass der Rat auch noch über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen müsse, die Verwaltung solle in 2010 einen Realisierungsvorschlag für die Maßnahme Mohnweg erstellen, damit diese in 2011 durchgeführt werden könne.

Herr Waldschmidt konkretisiert den Antrag der SPD-Fraktion dahingehend, dass der TV Herkenrath für die Sanierung des Tennenplatzes Braunsberg 550.000,- EUR, der SC 27 für die Sanierung des Tennenplatzes Saaler Mühle 230.000,- EUR und der Verein Jan Wellem für die Sanierung des Tennenplatzes Am Rübezahlwald 220.000,- EUR aus dem Konjunkturpaket II erhalten sollen. Er beantragt eine Änderung des Antrages der CDU-Fraktion zur Maßnahme Mohnweg dahingehend, dass nicht erst im Jahr 2011, sondern bereits im Jahr 2010 mit dem Bau begonnen werden solle.

Herr Kamp schlägt vor, die gesamte Sanierungsmaßnahme der Schule Mohnweg solle im Jahr 2010 durchgeführt werden.

Herr Willnecker beantragt für die CDU-Fraktion die geheime Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion zur Sanierung der drei Sportplätze.

Herr Urbach lässt daraufhin über den gemäß § 18 Absatz 5 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 5 GO NRW vorrangigen Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Für den Antrag auf geheime Abstimmung stimmt die CDU-Fraktion. Die gemäß § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW erforderliche Anzahl von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder ist damit erreicht. Der Antrag auf geheime Abstimmung wird angenommen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benennt die CDU-Fraktion Herrn Höring, die SPD-Fraktion Herrn Komenda, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer, die FDP-Fraktion Herrn Gerhards, die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) Herrn Sirmasac und die Fraktion KIDitiative sowie die Fraktion Freie Wähler Herrn Kamps.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion, dem TV Herkenrath für die Sanierung des Tennenplatzes Braunsberg 550.000,- EUR aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Antrag zustimmen wolle, der kreuze "Ja", wer den Antrag ablehnen wolle, der kreuze "Nein" und wer sich enthalten wolle, der kreuze "Enthaltung" an.

Es werden 58 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen von 44 Mitgliedern des Rates bei 14 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Herr Neu kehrt an seinen Platz zurück.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion, dem SC 27 für die Sanierung des Tennenplatzes Saaler Mühle 230.000,- EUR aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Antrag zustimmen wolle, der kreuze "Ja", wer den Antrag ablehnen wolle, der kreuze "Nein" und wer sich enthalten wolle, der kreuze "Enthaltung" an.

Es werden 59 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen 21 Mitglieder des Rates. Mit 36 Gegenstimmen wird der Antrag bei zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion, dem Verein Jan Wellem für die Sanierung des Tennenplatzes Am Rübezahlwald 220.000,- EUR aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung zu stellen, abstimmen. Herr Urbach weist darauf hin, dass das Finanzierungskonzept des Vereins noch nicht abschließend geprüft sei.

Herr Urbach erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer dem Antrag zustimmen wolle, der kreuze "Ja", wer den Antrag ablehnen wolle, der kreuze "Nein" und wer sich enthalten wolle, der kreuze "Enthaltung" an.

Es werden 59 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen 18 Mitglieder des Rates. Mit 37 Gegenstimmen wird der Antrag bei vier Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Schöttler-Fuchs fragt, warum der Bürgermeister den Sportplatz Saaler Mühle kurz vor der zweiten geheimen Abstimmung als "intakten Sportplatz" bewertet habe. Der Bürgermeister wisse selbst, dass dies nicht zutreffe.

Herr Urbach entgegnet, er habe keine Wertung vorgenommen, sondern eine Zustandsbeschreibung. Er habe genau dazu noch kurz zuvor die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter befragt.

Herr Urbach erläutert, für ihn sei der modifizierende Antrag der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion zum Schwimmbad Mohnweg der weitergehende Antrag, über den der Rat zuerst abstimmen solle. Der Antrag laute in seiner modifizierten Form: Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2010 ein Realisierungskonzept für eine Durchführung der Baumaßnahme Mohnweg im Jahr 2010 zu erstellen.

Der Rat nimmt diesen Antrag bei drei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion einstimmig an.

9.2 <u>Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vom 09.11.2009 für die Ratssitzung am 17.11.2009</u>

0492/2009

Herr Santillán erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) und bittet die Ratsmitglieder um Zustimmung. Die Verwaltung habe kein Problem, für Investoren Gewerbeflächen zu suchen. Es sei ihm nicht ersichtlich, warum es die Verwaltung nicht als ihre Aufgabe sehe, ein Grundstück für hilfsbedürftige Menschen zu finden, obwohl dies sehr wohl in ihren Aufgabenbereich falle. Es gebe in allen großen Städten Bauwagen-/Wohnwagenplätze. Die Gruppe sei außerdem bereit, einen Pachtzins für das Grundstück sowie Müll-, Wasser- und Stromgebühren zu entrichten. Die Gruppenmitglieder seien im übrigen keine Jugendlichen, sondern Erwachsene im Alter von 22 bis 34 Jahren.

Herr Mömkes entgegnet, die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Jeder Mensch könne seine Lebensform frei wählen, müsse aber selbst Verantwortung dafür tragen. Wenn die Gruppe bereit sei, einen Pachtzins zu entrichten und weitere Kosten zu tragen, so könne sie sich auch auf dem freien Immobilienmarkt um ein Grundstück bemühen, um ihre Lebensform zu verwirklichen. Es sei jedoch nicht Aufgabe der Stadt, als Maklerin zwischen privaten Grundstückseigentümer und Pachtinteressenten zu fungieren. Die Stadt sei Ihrer Fürsorgepflicht nachgekommen und habe der Gruppe Wohnraum angeboten, den die Gruppe jedoch abgelehnt habe.

Frau Schöttler-Fuchs erläutert, der Rat solle sich der Problematik annehmen, auch um zu vermeiden, dass später erhebliche Kosten auf die Stadt zukommen. Sie bittet Herrn Hastrich um Auskunft darüber, was in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltung unternommen worden sei, um diesen Menschen zu helfen. Sie habe diesbezüglich schon mehrfach vergeblich im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden Vorschläge unterbreitet, denen die Verwaltung nur bedingt nachgekommen sei.

Herr Hastrich antwortet, die Gruppe wünsche ausdrücklich keine pädagogische und staatliche Betreuung und habe ihre Lebensform selbst gewählt. Insoweit bestehe auch kein Handlungsauftrag für den Fachbereich 5.

Herr Kleine entgegnet, der bevorstehende Winter und die absehbare Räumung des derzeit besetzten Grundstücks forderten eine kurzfristige Lösung.

Frau Beisenherz-Galas unterstützt diesen Appell. Die Gruppe sei auf die Hilfe der Stadt angewiesen. Diese Hilfsbedürftigkeit solle nicht mit dem Hinweis auf eine frei gewählte Lebensform verneint werden. Sie schlägt als weitere in Frage kommende Fläche den Parkplatz des Schwimmbades in Paffrath vor, der ihres Wissens ein Wohnwagenplatz ist. Der Platz sei derzeit nicht belegt. Die Gruppe könne dann möglicherweise auch die sanitären Anlagen des Schwimmbades nutzen.

Herr Ziffus ergänzt, er habe einem Nachrichtenmagazin entnommen, dass der Mensch eher für ein nomadisches, als für ein sesshaftes Leben geschaffen sei. Die Gruppe lebe aus diesem Grunde eigentlich in "natürlicheren" Verhältnissen als die meisten anderen Menschen. Die Stadt Bergisch Gladbach müsse in der Lage sein, diese Lebensform zu akzeptieren. Er schlägt als weitere in Frage kommende Fläche den Bereich zwischen Bucholzstraße und der Straße Am Stadion, beispielsweise in der Nähe der Feuerwache vor. Hier könnten auch eine gewisse soziale Kontrolle durch die Feuerwehr und eine Versorgung mit Strom und Wasser erfolgen.

Frau Kreft erläutert, es gehe nicht nur darum, ein geeignetes Grundstück zu suchen, sondern eine Gruppe, die ein anderes Lebenskonzept favorisiere, zu integrieren, also eine für alle Seiten verträgliche Situation zu schaffen. Zudem müsse beachtet werden, dass die Kälte der kommenden Wintermonate eine Gefahr für die Gesundheit der Gruppe darstelle, wenn diese über keine Unterkunft verfüge. Die Verwaltung müsse die Gruppe kurzfristig mit dem Ziel der Integration unterstützen, und auch wenn eine klassische sozialpädagogische Betreuung sicherlich nicht angebracht sei, könne die Gruppe in einem kreativen sozialpädagogischen Konzept, z.B. in einem Streetwork-Projekt, betreut

werden. Das Problem bestehe im Übrigen seit vielen Jahren. Sie bittet Herrn Hastrich um eine ausführlichere Aussage zu diesem Thema. Eine Verweisung an den zuständigen Fachausschuss halte sie für falsch. Die SPD-Fraktion könne dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) nicht zustimmen, da dieser nur eine räumliche, aber keine fachliche Lösung anstrebe.

Herr Urbach antwortet, er habe Sympathie für die Ausführungen von Frau Kreft. Die Verwaltung habe die von der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) vorgeschlagenen Standorte unvoreingenommen geprüft und für nicht geeignet erachtet. Es bestehe dabei auch das nicht unerhebliche Problem, dass ein Grundstückseigentümer mit erheblichen Folgekosten rechnen müsse. In Bezug auf das zuletzt verlassene Grundstück hätten erhebliche Müllmengen beseitigt werden müssen. Zudem weist Herr Urbach in Bezug auf eine mögliche Gefahr für die Gesundheit auf Grund des bevorstehenden Winters darauf hin, dass die Stadt nach wie vor eine Unterbringung in den städtischen Notunterkünften anbieten könne.

Herr Hastrich ergänzt, die Verwaltung habe zu der Gruppe permanent Kontakt. Er müsse jedoch deutlich darauf hinweisen, dass es sich bei der Gruppe um erwachsene Menschen handele, die sich für eine Art zu leben entschieden hätten. Der Einsatz von Streetworkern sei hier der falsche Ansatz und er habe auch rechtliche Bedenken, der Gruppe ein "Domestizierungsprogramm" aufzuerlegen. Dies würde auch durch die Gruppe abgelehnt. Die zu klärende Frage sei, was passiere, wenn die Personen sich obdachlos melden. Die Verwaltung habe in diesem Fall die vom Rat beschlossene Satzung anzuwenden. Die zweite Frage sei, ob die Stadt die Möglichkeit habe, für die Gruppe einen geeigneten Aufenthaltsort zu finden bzw. sie bei der Suche zu unterstützen. Die Verwaltung habe dazu bereits Grundstücke überprüft. Eine für beide Seiten befriedigende Lösung habe man bisher leider nicht gefunden.

Herr Lang entgegnet, als Christ müsse man nicht nur die irdischen Gesetze, sondern auch göttliche Gebote einhalten, und eines davon laute "helfe insbesondere denen, die der Hilfe bedürfen". Er könne es nicht glauben und wisse es auch anders, dass es in ganz Bergisch Gladbach kein in Frage kommendes städtisches Grundstück gebe.

Herrn Santillán geht es auch darum, Konflikte zu vermeiden. Wenn jetzt keine Lösung geschaffen werde, sei nicht absehbar, wohin die Gruppe als nächstes ziehe. Auch er sei der Meinung, dass es in Bergisch Gladbach geeignete Grundstücke gebe. Eine Fläche in der Nähe der Feuerwache halte er jedoch für weniger geeignet, denn der Sirenenlärm werde sich negativ auf die Hunde der Gruppe auswirken. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) könne durchaus im Sinne der Ausführungen von Frau Kreft ergänzt werden. Die Gruppe suche auch selbst mit Hilfe eines Immobilienmaklers intensiv nach einem geeigneten Grundstück; ein Integrationskonzept für die Gruppe sei aber erst möglich, wenn die existenzielle Frage des Wohnraums geklärt sei.

Herr Urbach weist noch einmal darauf hin, dass die Stadt Notunterkünfte unterhalte.

Herr Höring bekräftigt diese Aussage. Für die Nutzung der Unterkünfte müssten jedoch Regeln eingehalten werden. Wenn die Gruppe dies ablehne, könne sie die Unterkünfte nicht nutzen. Wenn die Stadt im vorliegenden Fall eine Ausnahme mache und ein Grundstück zur Verfügung stelle, so werde recht bald die nächste Gruppe mit derselben Forderung folgen. Die Verwaltung könne der Gruppe höchstens eine Maklerliste zusammenstellen und übermitteln. Die Suche nach einem geeigneten Grundstück sei eine rein private Angelegenheit.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt, jeder dürfe sein Leben nach eigener Vorstellung führen, dafür aber dann nicht andere in Verantwortung ziehen. Die Gruppe bestehe aus erwachsenen Menschen und diese hätten die Verpflichtung, für sich selbst zu sorgen und auf dem Grundstücksmarkt ein entsprechendes Grundstück zu suchen, bevor die Hilfe öffentlicher Stellen eingefordert und in Anspruch genommen werde. Dies sei daher auch keine Frage der Jugendhilfe. An Herrn Lang und die

übrigen Ratsmitglieder richtet Herr Dr. Bernhauser den Vorschlag, auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, ihre eigenen Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Herr Metten erläutert, das Eigentum sei ein Rechtsgut mit Verfassungsrang. Im Kern konzentriere sich die Problematik darauf, dass die Gruppe unbedingt zusammen mit ihren Hunden leben wolle. Weil dies in städtischen Notunterkünften nicht möglich sei, habe die Gruppe in der Vergangenheit und auch aktuell Privatgrundstücke besetzt. Die Stadt halte Notunterkünfte zur Verfügung; die Unterhaltung eines individuellen Lebensstils jedoch sei nicht Aufgabe der Allgemeinheit, sondern des einzelnen.

Herr Kraus beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen diesen Antrag aus. Es sei der CDU-Fraktion wahrscheinlich unangenehm, aber der Rat müsse sich mit den Problemen der Stadt beschäftigen und Lösungen finden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag auf Schluss der Aussprache abstimmen.

Der Antrag auf Schluss der Aussprache wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) mehrheitlich angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) abstimmen.

Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) stimmen die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB). Mit Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Frau Kreft beantragt für die SPD-Fraktion, die Verwaltung möge kurzfristig ein kreatives Konzept entwickeln und mit der Gruppe das Gespräch aufnehmen und auch die Möglichkeit prüfen, ob in Bezug auf die Haltung von Hunden in den städtischen Notunterkünften eine Ausnahmeregelung ermöglicht werden kann.

Herr Hastrich entgegnet, es liege nicht in der Zuständigkeit der Stadt, ein solches Konzept zu entwickeln. Ein Beschluss des Antrages von Frau Kreft wäre daher rechtswidrig.

Herr Urbach schlägt vor, den Antrag SPD-Fraktion dahingehend zu modifizieren, dass der Rat die Verwaltung beauftrage, auch mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis ins Gespräch zu kommen, um mit der Gruppe kurzfristig eine Lösung zu finden.

Frau Kreft stimmt diesem Vorschlag zu.

Herr Urbach lässt daraufhin über den so modifizierten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der so modifizierte Antrag der SPD-Fraktion wird gegen vier Stimmen aus den Reihen der CDU-Fraktion und zwei Stimmen aus den Reihen der FDP-Fraktion bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

10. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Kleine: Anfrage zur Unterbringung der sog. "Punker"

Herr Kleine fragt, ob die Verwaltung kurzfristig eine Möglichkeit sehe, dass die sog. "Punker" vorübergehend ihre Wohnwagen auf den Grundstücken der städtischen Notunterkünfte abstellen können.

Herr Urbach antwortet, er werde diese Möglichkeit überprüfen.

Herr Kleine: Anfrage zur Straßenbeleuchtung Frankenforster Straße

Herr Kleine fragt, warum am Montag, dem 16.11.2009 um 14:00 Uhr trotz ausreichenden Tageslichts an der Frankenforster Straße die Straßenbeleuchtung eingeschaltet gewesen sei.

Herr Urbach antwortet, die Straßenlampen würden im Falle einer Kontrolle auch tagsüber eingeschaltet. Er werde den Sachverhalt prüfen.

Herr Mömkes: Anfrage zur Debatte über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) (TOP A 9.2)

Herr Mömkes fragt zur Debatte über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) (TOP A 9.2), ob der Bürgermeister mit ihm der Auffassung sei, dass das im Diskussionsverlauf eingeforderte christliche Handeln auch ohne Anträge und Beratungen im Rat der Stadt Bergisch Gladbach stattfinden könne.

Herr Urbach antwortet, christliche Werte sollten aus seiner Sicht an jedem Ort das Handeln der Menschen prägen.

Herr Santillán fragt ergänzend, ob der Bürgermeister ihm in der Aussage zustimme, dass die Gesellschaft darauf basiere, dass die Menschen in einem sozialen Gefüge füreinander Verantwortung übernehmen.

Herr Urbach bittet darum, mit Fragen ideologischen Inhalts zurückhaltender umzugehen.

Herr Dr. Miege: Anfrage zur Integrierten Gesamtschule Paffrath

Herr Dr. Miege fragt, ob es in Bezug auf die Wasserschäden in der Integrierten Gesamtschule Paffrath einen Notfallplan gebe, durch den die Schulräume (Naturwissenschaften, Kunst und Technik) kurzfristig wieder nutzbar gemacht werden könnten. Zudem fragt er, ob ein Zeitplan entwickelt werden könne, der der Schule ebenfalls kurzfristig eine Perspektive für die Wiederherstellung der Räumlichkeiten geben könne. Diese Fragen könnten schriftlich beantwortet werden.

Herr Urbach antwortet, er habe sich persönlich über die Schadenssituation vor Ort informiert. Die Verwaltung prüfe die Frage der Schadensersatzpflicht. In Bezug auf die naturwissenschaftlichen Räume gebe es Hilfsangebote anderer Schulen. Die Verwaltung werde der Schule so schnell wie möglich helfen und es gebe auch schon Hilfsangebote anderer Schulen. Die Fragen würden ergänzend schriftlich beantwortet.

Herr Santillán: Anfrage zur Bücherei Bensberg

Herr Santillán fragt, warum die Bücherei Bensberg keine Bücher kaufen könne und ob und ggf. in welcher Höhe hierfür ein Budget bestehe. Die Bücherei Bensberg führe ihre Gebühreneinnahmen an die Stadt ab.

Herr Mumdey verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage. Das Thema "Bücherei Bensberg" sei Bestandteil der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zu einer Ampelschaltung

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum die Ampeln auf der Friedrich-Ebert-Straße am Technologiepark abends asynchron geschaltet seien, auch wenn kein Querverkehr vorhanden sei. Er habe beobachtet, dass von vier Ampeln drei hintereinander auf "rot" gesprungen seien.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Scheerer: Anfrage zur Wilhelm-Wagener-Schule

Frau Scheerer fragt, ob die Verwaltung über die Raumsituation und das Problem der erhöhten PCB-Belastung an der Wilhelm-Wagener-Schule informieren könne und welche Lösung die Verwaltung anstrebe.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde sich in Bezug auf die Raumsituation zeitnah vor Ort informieren. Bei der Schulleiterkonferenz habe er mit dem Leiter der Schule schon kurz über das Problem gesprochen. Herr Schmickler ergänzt, die PCB-Belastung an der Schule sei ausschließlich auf den Fluren, nicht aber in den Klassenräumen und damit nicht an Orten aufgetreten, an denen sich dauerhaft Personen aufhalten würden. Es sei bereits teilweise saniert worden und die Werte lägen in Teilen nur geringfügig über den unteren Grenzwerten. Aus Sicht des Kreisgesundheitsamtes bestehe kein akuter Handlungsbedarf. Die Verwaltung wolle das Problem mittelfristig im Zuge von generellen Sanierungsmaßnahmen lösen.

Herr Kraus: Anfrage zur Sanierung eines Sportplatzes

Herr Kraus bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes in Bezug auf die Kieselrot-Sanierung des Sportplatzes An der Steinbreche.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung könne dazu in Kürze neue Aussagen machen und werde diese Herrn Kraus schriftlich mitteilen.

Herr Kamp: Anfrage zum Stadthaus

Herr Kamp fragt, warum der hintere Teil des Stadthauses seit gut einem halben Jahr eingerüstet sei, obwohl dort keine Arbeiten durchgeführt würden. Dies würde wahrscheinlich unnötige Kosten verursachen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kamp: Anfrage zur Turnhalle am Stadion

Herr Kamp fragt, ob die marode Decke der Turnhalle am Stadion auch aus Mitteln des Konjunkturpaketes II saniert werden könne.

Herr Urbach antwortet, die Maßnahme sei in die Investitionsliste mit 241.000,- EUR aufgenommen worden. Mit der Angelegenheit werde sich der Rat dann im Rahmen der Haushaltplanberatungen beschäftigen.

Herr Kamp: Anfrage zum Parkplatz hinter dem Stadthaus

Herr Kamp weist darauf hin, dass die Platten in der Mitte des Parkplatzes hinter dem Stadthaus lose seien und neu verfestigt werden müssten.

Herr Urbach antwortet, er werde dies überprüfen.

Herr Schütz: Anfrage zum Otto-Hahn-Gymnasium

Herr Schütz fragt, wann am Otto-Hahn-Gymnasium welche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt würden und welche Kosten dadurch entstünden und ob, wie und in welchem Umfang der Verwaltung bekannt wurde, dass es dort beinahe zu einer Gasexplosion gekommen sei.

Herr Urbach antwortet, für die Maßnahme sei im Finanzierungskonzept für das kommende Jahr ein Betrag in Höhe von 500.000,- EUR vorgesehen. Er habe keinerlei Informationen darüber, dass es an der Schule beinahe zu einer Gasexplosion gekommen sei und werde dies überprüfen.

Herr Schütz: Anfrage zur Wilhelm-Wagener-Schule

Herr Schütz fragt, wie die Verwaltung das Raum- und Sanierungsproblem an der Wilhelm-Wagener-Schule lösen wolle.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Schütz: Anfrage zum Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium

Herr Schütz fragt, ob die Verwaltung ebenfalls eine Anfrage der Schulleitung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums zum dort in Bezug auf die PCB-Belastung bestehenden Sanierungsstau erhalten habe. Er bittet darum, auch ihm das Antwortschreiben der Verwaltung zukommen zu lassen und ihn über die Kosten der Sanierung zu informieren.

Herr Urbach antwortet, er werde den Fraktionen eine Kopie des Antwortschreibens zukommen lassen, wenn ein solches erstellt werde oder erstellt worden sei.

Herr Schütz: Anfrage zu einer Ampelschaltung

Herr Schütz fragt, warum die Ampeln im Bereich Paffrather/Kempener Straße, Kreuzung Dellbrücker Straße, Höhe Grundschule Paffrath bis zum Rewe-Markt regelmäßig so geschaltet seien, dass eine der Ampeln immer rot sei.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Lang: Anfrage zur Bücherei Bensberg

Herr Lang fragt, ob die Verwaltung es nicht auch für besser halte, in Bezug auf die Bücherei Bensberg einem Interessenten erst dann Geld zukommen zu lassen, nachdem er durch ein Konzept bewiesen habe, dass er zuverlässig sei. Der Vorschlag der Verwaltung verfolge die umgekehrte Strategie. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme in der nächsten Vorlage zur Bücherei Bensberg, warum die Verwaltung diese Reihenfolge vorschlage und ob es nicht Grund genug gebe, die Zuverlässigkeit gründlicher zu prüfen. Zudem habe die Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) erfahren, dass ein Erbpachtvertrag zwischen der Stadt und dem Kinobesitzer und ein weiterer Vertrag zwischen dem Kinobesitzer und der Stadt über die teilweise Nutzung seiner Immobilie für die Bücherei bestehen würden. Er bittet die Verwaltung, der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) diese beiden Verträge in Kopie zur Verfügung zu stellen.

Herr Urbach verweist auf eine Beantwortung der Anfrage im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zur Kampagne SolarLokal

Frau Beisenherz-Galas bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes in Sachen städtischer Klimaschutz; insbesondere zu (geplanten) Projekten aus der Teilnahme der Stadt an der Kampagne Solar-Lokal.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung prüfe derzeit, welche städtischen Gebäude für die Installation von Fotovoltaikanlagen statisch geeignet seien. Er vertrete die Meinung, dass die Stadt als Vorbild fungieren solle, selbst wenn diese Anlagen keinen Gewinn einbrächten, sondern sich nur kostenneutral verhielten.

Frau Koshofer: Anfrage zur Grundschule Schildgen

Frau Koshofer fragt, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, dass die sanitären Anlagen der Grundschule Schildgen bis zum Jubiläum der Schule im kommenden Jahr saniert werden könnten, so wie auch die Turnhalle der Schule saniert werde.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.